

Standpunkte



Chemie
Pharma
Schweiz

Zur Wintersession 2005 der Eidgenössischen Räte

Mehr Wachstum durch Innovation!

Anhaltende Innovationen sind nötig, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb den Standort Schweiz zu halten. Dazu müssen erstens die Bildungs- und Forschungspolitik durch mehr Wettbewerb auf Spitzenleistungen ausgerichtet werden, und zwar in allen Bereichen und auf allen Stufen. Vor allem muss die Finanzierung der Hochschulen grundlegend geändert werden. Die Mittel von Bund und Kantonen sollen nur noch jene Hochschulen, Institute und Departemente erhalten, die sich durch international herausragende Leistungen auszeichnen.

Zur Förderung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen fordert SGCI Chemie Pharma Schweiz zweitens einen international kompetitiven Patentschutz für alle Gebiete der Technik (auch für die biotechnologischen Produkte) sowie drittens eine möglichst rasche Marktzulassung innovativer Produkte. Die staatlichen Zulassungsstellen müssen ihre Verfahren transparent, kostengünstig und qualitativ hochstehend ausgestalten.

Ja zum Bildungsrahmenartikel (97.419)

Der Bildungsrahmenartikel ist ein Schritt auf dem Weg zu einer effizienten, auf Spitzenleistungen ausgerichteten Hochschullandschaft Schweiz. SGCI Chemie Pharma Schweiz begrüsst das damit verbundene Rückbinden des politischen Einflusses auf das Hochschulwesen. Die autonomen Hochschulen sollen selbst über die inhaltliche Gestaltung von Ausbildung und Forschung bestimmen.

Europäisches Patentsystem: Schweiz soll Teil dieses Systems bleiben (05.040)

SGCI Chemie Pharma Schweiz begrüsst die Zustimmung des Ständerates zur Ratifikation

der Revisionsakte des Europäischen Patentübereinkommens sowie des Fakultativen Sprachenübereinkommens. Damit bleibt die Schweiz auch künftig Teil des bewährten europäischen Patentsystems.

Aufhebung technischer Handelshemmnisse (04.3473)

SGCI Chemie Pharma Schweiz setzt sich seit je für einen möglichst freien grenzüberschreitenden Warenverkehr ein. Bestehende Hindernisse wie Zölle, administrative Auflagen, unterschiedliche technische Vorschriften sowie abweichende Regelungen über den Schutz des Geistigen Eigentums sind in möglichst allen Ländern soweit als möglich abzubauen.

Damit die Schweiz international verhandlungsfähig bleibt, ist in den Bereichen, welche die Exportindustrie interessieren, auf *Gegenseitigkeit* zu achten. SGCI Chemie Pharma Schweiz unterstützt deshalb – wie der Bundesrat – eine differenzierte *einseitige* Anwendung des so genannten Cassis-de-Dijon-Prinzips im Verhältnis zur EU.

Einverstanden mit der Exportrisikoversicherung (04.065)

SGCI Chemie Pharma Schweiz begrüsst die bisherigen Entscheide der Räte, wonach das private Käuferrisiko auch im Kurzfristbereich versichert werden kann. Sie ist befriedigt davon, dass das bewährte Instrument der Globalgarantie, das eine administrativ einfache Abwicklung ermöglicht, in der neuen Versicherung erhalten bleibt.

Umsetzung CO₂-Gesetz / CO₂-Abgabe

Die in der Energieplattform Chemie zusammengeschlossenen 25 Unternehmen, die mehr als

2/3 des gesamten Energieverbrauchs der Branche verbrauchen, haben ihre Hausaufgaben gemacht. Sie haben sich freiwillig zu Massnahmen verpflichtet, welche die CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 absolut um 17% reduzieren werden (und dies bei einem voraussichtlichen Produktionszuwachs von 170%). Sie werden diese Massnahmen sowie das Monitoring durch die Energieagentur der Wirtschaft unabhängig davon weiterführen, ob eine verbindliche Vereinbarung getroffen wird, um sich von einer allfälligen CO₂-Abgabe zu befreien.

Aufgrund der Preisentwicklung für Treib- und Brennstoffe, mit der die vorgesehene CO₂-Abgabe bei weitem übertroffen worden ist, wird die prognostizierte Lenkungswirkung der Abgabe aber sogar übertroffen. SGCI Chemie Pharma befürwortet deshalb bis auf weiteres die Sisierung der CO₂-Abgabe.

Ausserdem befriedigt die vom Bundesrat im Juni 2005 (ohne vorausgehende Vernehmlassung!) verabschiedete CO₂-Verordnung in keiner Weise; insbesondere muss der immense administrative Aufwand noch erheblich reduziert werden. Stossend sind insbesondere die einseitig zu Ungunsten der Unternehmen angesetzten Fristen, beispielsweise bei der Rückerstattung der CO₂-Abgabe.

So nicht: Stromversorgungsgesetz (04.083)

SGCI Chemie Pharma Schweiz fordert nach wie vor die rasche und umfassende Öffnung des Elektrizitätsmarktes für die gesamte Industrie, insbesondere auch für die KMU. Bürokratische Auflagen und eine noch stärkere Bevorzugung erneuerbarer Energien, z.B. durch sog. kostendeckende Einspeisevergütungen, lehnen wir ab.

Keine Verstaatlichung des Arzneimittel-Kompendiums (05.3601)

SGCI Chemie Pharma Schweiz unterstützt das von Ständerätin Trix Heberlein mit ihrer Interpellation aufgebrachte Anliegen. Swissmedic hat in der Vernehmlassung zur Änderung der Heilmittel-Gebühren-Verordnung vorgesehen, die Verkaufsgebühren für alle Arzneimittel massiv zu erhöhen, mit der Absicht, die Arzneimittel-Fachinformationen vom Bund aus zu veröffentlichen und diese Publikation über die neuen Gebühren zu finanzieren. Es besteht kein sachlicher Grund, die seit 30 Jahren bewährte Veröf-

fentlichung der Arzneimittel-Fachinformationen im privat herausgegebenen und finanzierten Arzneimittel-Kompendium nun zu verstaatlichen. Noch weniger begründet ist es, ein solches Werk über die Arzneimittel-Verkaufsgebühren zu finanzieren, denn das führte bloss zu höheren Arzneimittelpreisen, die der Krankenversicherung zur Last fielen. SGCI Chemie Pharma Schweiz ist diesem Ansinnen in der Vernehmlassung deutlich entgegengetreten.

Mehr Transparenz bei klinischen Studien (05.3136).

Die pharmazeutische Industrie tritt seit einiger Zeit aktiv dafür ein, alle laufenden klinischen Studien öffentlich bekannt zu geben. Gleiches gilt für die Ergebnisse abgeschlossener Studien. SGCI Chemie Pharma Schweiz hat dieses Anliegen wie auch die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) bereits vor zwei Jahre aktiv verfochten. In der Schweiz besteht seitens der Behörden immer noch Zurückhaltung, sich diesem Anliegen zu öffnen. Die internationalen Organisationen der pharmazeutischen Industrie sind dagegen mit gutem Beispiel vorangegangen und haben bereits im September 2005 dafür ein weltweit zugängliches Portal im Internet geschaffen. Die Rechtsgrundlage dafür sollte nun mit dem kommenden Humanforschungsgesetz geschaffen werden. Die Motion stösst daher in die richtige Richtung.